

## **Drogentodesfälle auf alarmierendem Niveau – Sofortiges Handeln ist gefordert!**

**Gedenktag für an Drogen verstorbene Menschen am 21. Juli 2025**

Köln, 18. Juli 2025 – Auch im Jahr 2024 ist die Zahl der drogenbedingten Todesfälle in Deutschland weiterhin erschreckend hoch. 2.137 Menschen sind an Überdosierungen und den Folgen des Konsums illegalisierter Substanzen in Deutschland verstorben. Nach dem Negativ-Rekord für NRW im Jahr 2023 von 872 Toten ist die Zahl im Jahr 2024 auf 769 Todesopfer gesunken. „Dies ist jedoch noch lange kein Grund die Füße hochzulegen“ so Willehad Rensmann Landesvorstand der Aidshilfe NRW. Vor zehn Jahren (2015) hatte die Zahl der an Drogen verstorbenen Menschen in NRW noch bei 181 gelegen. Dies stellt weiterhin einen Weckruf für Politik und Gesellschaft dar. Besonders betroffen sind junge Menschen, was auf den Anstieg von Konsum synthetischer Drogen, Mischkonsum und die zunehmende Crack-Problematik zurückzuführen ist.

Hauptursachen sind Kokain und Heroin. Ein Überangebot an Kokain, somit Crack, verschärft die Lage. Eine zunehmende Bedrohung geht durch hochpotente synthetische Opioide wie Nitazen und Fentanyl aus sowie durch reduzierte Verfügbarkeit von Heroin. Besonders gefährdet sind junge Konsument\*innen und Menschen ohne Krankenversicherung.

### **Forderungen der Aidshilfe NRW**

Die Aidshilfe NRW fordert gemeinsam mit Fachverbänden und Expert\*innen einen Paradigmenwechsel in der Drogenpolitik. Die Zahl der Todesfälle zeigt: Repression und Strafverfolgung retten keine Leben – es braucht eine konsequente Ausrichtung auf Schadensminderung, Prävention und gesellschaftliche Verantwortungsübernahme.

Die Aidshilfe NRW schließt sich den fünf zentralen Forderungen von akzept., der Deutschen Aidshilfe, der Deutschen Gesellschaft für Suchtmedizin, JES und dem Fachverband Drogen- und Suchthilfe zur Senkung drogenbedingter Todesfälle an:

- Kommunale Frühwarnsysteme: Trends auf dem Drogenmarkt frühzeitig erkennen und gezielt reagieren.
- Drugchecking: Konsument\*innen sollen Substanzen auf Reinheit und gefährliche Inhaltsstoffe testen können um sichere Konsumententscheidungen treffen zu können.
- Drogenkonsumräume: Sichere Orte für den Konsum unter medizinischer Aufsicht und Zugang zu Hilfsangeboten.
- Naloxon flächendeckend verfügbar machen: Notfallmedikament zur Behandlung von Überdosierungen, ergänzt durch Schulungen zur Anwendung. Dies vor allem nach stationären Aufenthalten wie z.B. in Haft.
- Opioidsubstitutionstherapie (OST): Zugang ausbauen, auch für Menschen ohne Krankenversicherung.

Verstärkt werden diese Forderungen vom neuen Beauftragten der Bundesregierung für Sucht- und Drogenfragen Hendrik Streeck „Wir erleben eine quasi pandemische Dynamik, die wir schon kennen: Einzelne Ausbrüche, neue Substanzen, schnelle Verbreitung, lückenhafte Datenlage – und ein System, das zu träge ist, um rechtzeitig zu reagieren.“. Streeck betont: „Um zu verhindern, dass sich die Lage in fünf oder zehn Jahren verselbstständigt, müssen wir gemeinsam handeln – mit klarer politischer Prioritätensetzung. Polizei und Zoll können die Verfügbarkeit eindämmen, aber wir brauchen ebenso dringend eine moderne, professionell ausgestattete Suchthilfe, neue Präventionsformate, niedrigschwellige Angebote und mehr medizinisches Wissen über neue Substanzen. Nur dann können wir das Ruder herumreißen.“

### **Appell an Politik und Gesellschaft**

Die Aidshilfe NRW appelliert an die Verantwortlichen in Bund, Land und Kommunen, endlich entschlossen zu handeln und die bekannten, wirksamen Instrumente flächendeckend umzusetzen. „Nur durch eine konsequente Ausrichtung auf Harm Reduction, Entkriminalisierung und niedrigschwellige Hilfsangebote kann das Sterben beendet werden.“ So Rensmann und weiter „Drogengebrauchenden Menschen steht eine vollumfängliche und stigmafreie psychische wie physische Behandlung in jeglichen Kontexten zu.“

Solange das Betäubungsmittelgesetz nicht entsprechend längst vorhandener wissenschaftlich fundierter Fakten überarbeitet wird, bleibt nur der altbekannte Zielfokus: das Reparieren der durch die Drogenprohibition verursachten Schäden. Der Gedenktag am 21. Juli ist nicht nur Anlass zur Trauer und zum Erinnern, sondern auch ein Tag des politischen Appells: Es ist Zeit, Leben zu retten – mit Mut, Menschlichkeit und wissenschaftlich fundierten Maßnahmen!

#### **Kontakt:**

Aidshilfe NRW e.V. · Lindenstraße 20 · 50674 Köln

Dr. Guido Schlimbach · Pressesprecher

Fon 0221-925996-17 · Fax 0221-925996-9 · [guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de](mailto:guido.schlimbach@nrw.aidshilfe.de) · [nrw.aidshilfe.de](http://nrw.aidshilfe.de)